

## Ende der ‚dritten Wege‘, Verlust der ‚neuen Mitte‘, Abschied von der Volkspartei – Welche Zukunft hat die Sozialdemokratie?

### I. Facetten der „dritten Wege“

Die Tatsachen liegen auf dem runden Tisch, und das analytische Unterfutter wäre dicht genug, um solide Aussagen zu wagen. Aber die Irritation derjenigen, die sich irgendwie als Linke begreifen möchten, wächst; Ratlosigkeit darüber, was ‚links sein‘ bedeuten kann, besteht allenthalben und nicht erst seit heute. Ein nicht sehr tief greifender Aktionismus ohne sichtbare theoretisch-intellektuelle Reflexion breitet sich aus; Hilflosigkeit steckt hinter der ständigen Beschwörung, dass man dieses oder/und jenes tun müsste oder lassen sollte. Wie denn? schreit der Chor der aufrechten Demokraten. Aber die Resonanz ist ziemlich jämmerlich.

Denn: ‚Dritte Wege‘ sind ‚verschütt gegangen‘. Der erste ‚dritte Weg‘ nach der Revolution der Bolschewiki im Jahre 1917 als sozialdemokratischer Entwurf einer humanen Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist historisch überholt. Der zweite Versuch der Eurokommunisten in den 1970er Jahren, einen alternativen Pfad zu finden zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus, scheiterte grandios – sie landeten im bürgerlichen Lager. Der Anspruch der (insbesondere englischen) Neo-Sozialdemokraten, einen neuen, eigentlich den dritten ‚drit-

ten Weg‘ zwischen alter (industriegesellschaftlich geprägter) Sozialdemokratie und neuem (marktradikalen) Neo-Liberalismus weisen zu können, ist blamabel gescheitert. Die Protagonisten dieses ‚dritten Weges‘ schreien es gegenwärtig selber in die Welt: „New Labour ist tot, und es ist gewiss an der Zeit, den Begriff zu begraben“.<sup>1</sup> Die deutsche ‚neue Sozialdemokratie‘ der Ära Schröder verstand sich gerne als das Kernstück einer ‚neuen Mitte‘; auch hier müsste man von der neuen ‚neuen Mitte‘ sprechen, denn es gab schon viele davon in der Geschichte der Arbeiterbewegung – es begann bei August Bebel, und auch Willy Brandt kannte sie. Diese allerneueste Mitte hat sich verbraucht. Da die konservative ‚Neue soziale Marktwirtschaft‘ (der Merkel-CDU) ebenfalls zur Mitte drängt, ist es dort eng geworden. Es kann aber auch sein, dass es diese neue ‚neue Mitte‘ gar nicht gegeben hat bzw. gar nicht gibt, sondern nur ein Realitäten verdeckender Fetisch ist, der unverzüglich „aufgegeben werden“

---

1 Anthony Giddens: New Labour ist tot, in: Cicero 6/2010, S. 38–41; Zitat S. 41. Siehe: Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1999. – Vgl. auch: Jan Turowski: Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden 2010.

muss<sup>2</sup>. Man kann auch sagen, es handelt sich bei der ‚neuen Mitte‘ um eine Art ‚Phantom der Politik‘ und ein gefährliches dazu; denn in einem zur guten Hälfte konservativ geprägten Land wie die Bundesrepublik wird die Mitte nach rechts verschwinden, wie wir es schon viele Male in der deutschen Geschichte erlebt haben.

Überraschend ist auch der Befund, dass vermeintlich Linkstehende glauben eingestehen zu müssen, dass es „die Linke“ „in gewisser Weise“ gar nicht mehr gibt, sondern „viele linke Gruppen und Leute, die links gestimmt“ sind.<sup>3</sup> Realanalytisch mag das ja zutreffen; aber es wäre bedauerlich, dies für bare Münze zu nehmen. Denn nichts ist vergleichsweise leichter als normativ von einander zu unterscheiden, was links und was rechts ist: durch „das Merkmal des Egalitarismus“, das für die einen Programm, für die anderen Teufelszeug ist.<sup>4</sup> Dieses Merkmal müssten die normativ autonomen Linken jedoch für diese unsere Zeit neu begründen. Wer sich an diese Arbeit begibt, braucht zunächst einmal eine Bestandsaufnahme.

## II. Pluralisierung und Sozialstaatsabbau

Eigentlich wissen wir längst Bescheid, und Wiederholung kennzeichnet die Befunde: Die gesellschaftlichen Formationen gelten als pluralisiert und höchst differenziert geschichtet, wenn auch im Hintergrund konturiert die antagonistischen Klassenstrukturen erkennbar bleiben. Ein immer noch sich steigernder Individualismus hat fast alle kollektiven Orientierungen längst aufgelöst. Deshalb ist ein Konflikt zwischen Gleichheit und Solidarität einerseits und Akzeptanz kultureller Verschiedenheit und ethnischen Unterschieden andererseits entstanden. Die auf die Gemeinschaft bezogenen Werte verfallen beschleunigt; die neu aufgestellten Werte sind weniger als ‚postmateriell‘ denn viel mehr als ‚postkollektiv‘ zu kennzeichnen: gewollte Vereinzelung im Rahmen eines massenhaften Konsums von interaktiven Performance-Events; hedonistisch geprägte individuelle Identitäten, die sich in neuen milieuartigen Gebilden versammeln und sich steigern lassen bis zur ultimativen Freisetzung des Individuums aus sozialen Klassenbindungen und normativ haltenden Institutionen, die ihrerseits zerfallen.<sup>5</sup>

Die Zähmung des global agierenden Kapitalismus ist auch diesmal den Linken misslungen; sie haben die zerstörerischen Kräfte des deregulierten Marktes unterschätzt. Die neue neo-liberale Ideologie darf nicht mit dem ‚alten‘ Neo-Liberalismus nach 1945, auch Ordo-Liberalismus genannt, verwechselt

---

2 Matthias Machnig/Karsten Rudolph: Die Neuvermessung der SPD, in: Matthias Machnig: Vermessungen. Politik neu orientieren. Berlin 2010, S. 61.

3 Diskussionsbeitrag von Michael Brie in: Thomas Meyer u.a.: Links neu denken, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 7/8, 2010, S. 76-84; Zitat S. 77f.

4 Noberto Bobbio zitiert bei: Machnig/Rudolph, Neuvermessung, S. 63.

5 Einen umfassenden und zugleich äußerst differenzierenden Bericht liefert neuerdings Turowski, Reformdiskurse.

selt werden: aus ihm ging die ‚soziale Marktwirtschaft‘ hervor, verbunden mit der Akzeptanz der ausgleichenden Rolle des keineswegs schwachen Staates. Demgegenüber beschränkt sich der neue Neo-Liberalismus auf einen fast sozialdarwinistischen Marktfundamentalismus: der Staat wird abgelehnt als Marktregulierer und in seiner Funktion als sozialpolitischer Kompensierer der quasi naturnotwendig durch den Markt erzeugten Ungleichheiten. Aber auch dieses marktradikale Modell ist gescheitert, wie zuletzt die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten demonstriert haben.<sup>6</sup>

Mit ihm zum Beinahe-Scheitern verurteilt wurde das historische Projekt des modernen sozialdemokratischen Sozialstaates. Dieser ist ja nicht als Folge der kapitalistischen Produktionsweise entstanden, sondern parallel zu ihr „eine grundlegende Bedingung“ für ihre Entfaltung, ja Existenz gewesen.<sup>7</sup> Dieser dem Kapitalismus gegenüber symbiotisch wirkende Sozialstaat wurde inzwischen nicht um-, sondern abgebaut, zurück gestuft auf eine Art weiter entwickeltem Almosenwesen, damit die Deklassierten, die man auch schon mal ‚Sozialschrott‘ nennt, mit ihrem men-

schenrechtlich geschützten Überlebensanspruch nicht aus dem Netz fallen.

Nun wird ihnen gewährt, was sie fordern könnten, aber sie haben nach dem Rückzug der Intellektuellen aus dem öffentlichen Raum keine laute Stimme mehr. Angesichts dieser Befunde drängt es sich geradezu auf, das viel besprochene Diktum vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, das in den 1980er Jahren aufkam, als vorschnell zurückzuweisen: Das historische Projekt der Sozialdemokratie von der Möglichkeit der universellen Gleichheit ist von der Annäherung an seine Verwirklichung weiter entfernt als vor 30 oder 40 Jahren.

Diese Aussage lässt sich auch für einen anderen Problemkomplex treffen: den Demokratieverlust bzw. Legitimitätsverlust der repräsentativen Demokratie. Es schien gelungen – nach jahrzehntelanger politischer Bildungsarbeit – der Wahlbevölkerung zu vermitteln, was ein Staatsbürger ist und wozu die den politischen Willen bildenden Parteien und die die Willensbildung ausführenden Institutionen ihn brauchen. Nach diesem Staatsbürger wird nicht mehr gefragt, sondern nach dem medial trainierten Politikkonsumenten. Die Arena der Politik ist nicht mehr der öffentliche Raum und die ihn auslegenden demokratischen Institutionen, sondern die virtuellen medialen Diskursveranstaltungen. Da und wo diese nicht ausreichen, werden auch noch die verfassungsgemäß vorgegebenen Institutionen ihrer Kompetenz beraubt; nicht vom Volk gewählte Experten vorvollziehen unter Vermischung von Eigen- und öffentlichen Interessen die politi-

---

6 Wolfgang Merkel: Schmieden und bündeln, in: Cicero 6/2010, S. 54-58. – Vgl. auch ders. u. a. : Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderung und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006.

7 Thomas Meyer: Der Washington Square-Konsens. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/2010, S. 53-60, Zitat S. 53f.

sche Willensbildung in Kommissionen, Sachverständigengruppen und bestenfalls an runden Tischen, vorbei an den Parteien und im Dienste der Exekutive. Das ist keine Variante direktdemokratischer Beteiligung, sondern der Ausschluss des ‚Normalbürgers‘ aus den politischen Verhandlungsarenen und eine weitere Herabstufung des Normalbürgers und seiner Werkzeuge, vor allem der Parteien.<sup>8</sup>

### Neue Formen der Solidarisierung

Es gibt Hinweise darauf, dass Individualisierung und Entsolidarisierung keineswegs notwendig mit einer egozentrischen Sozialethik identisch sein müssen. Gerade in den am nachhaltigsten individualisierten milieuähnlichen Netzwerken und Projekten besteht offensichtlich ein hohes Maß an solidarischem Verhalten, wenn auch „in anderen Formen“.<sup>9</sup> Doch die zeitliche und inhaltliche Begrenzung der Aktivitäten und ihre Distanz zum öffentlichen Raum führen nicht zu einer Nachhaltigkeit, wie sie politische Bewegungen mit umfassenderem Gestaltungsanspruch benötigen würden. Zudem sind Transmissionsmöglichkeiten hin zu den Parteien gar nicht oder nur in geringem Maße vorhanden, so dass sich spätestens hier die Frage stellt, was denn unsere offene Gesellschaft noch zusammenhält.

---

8 Ernst Hillebrand: Eine Gesellschaft selbstbestimmter Bürger. Konturen eines sozialdemokratischen Projekts für das 21. Jahrhundert, aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Turowski, Reformdiskurse, S. 215.

9 Meyer, Washington Square-Konsens, S. 54.

### III. Ist die SPD noch eine Volkspartei?

Damit ist noch nicht alles gesagt über die Lage der freiheitlichen Demokratie in unserer Zeit. Kann denn noch nach herkömmlichem Verständnis von ‚Volksparteien‘ gesprochen werden? Befinden sich die Volksparteien nicht vielmehr seit vier Jahrzehnten in einem bemerkenswerten „generellen Abwärtstrend“?<sup>10</sup> Vielleicht ist das zu hoch gegriffen, und es genügt, statt von Abstieg von „normalen Schwankungen“ zu reden.<sup>11</sup> Und beruhigend könnte wirken, dass die Wählerschaft der europäischen Sozialdemokratie durchaus noch dem einer breiten Volkspartei entspricht: „Vom Ende der Sozialdemokratie kann keine Rede sein, von einer strukturellen Krise auch nicht, da sich die sozialdemokratischen Parteien ihren Charakter als Volksparteien und ihren Identitätskern – Gewerkschaften und Arbeiter – bewahren konnten. Die Tatsache, dass in Westeuropa sozialdemokratische Regierungen abgewählt wurden, ist mit normalen zyklischen Entwicklungen zu erklären. Die Situation der Sozialdemokratie ist also weniger die einer existen-

---

10 Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010. Helga Grebing: Quo Vadis Tanker? Die SPD – (k)eine Partei für das 21. Jahrhundert, in: perspektiven ds 2/09, S. 40-54.

11 Bernhard Weßels: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010. Dorothea Steffen: Kommentierte Zusammenfassung der Politikanalyse von Bernhard Weßels: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? ebd.

ziellen Krise als die einer technischen Unzulänglichkeit.“<sup>12</sup>

Alles Lamentieren also überflüssig? Die beruhigende Wirkung des Zitats verliert sich, wenn man die Autoren von einer gravierenden Ausnahme sprechen hört: Junge Altersgruppen sind in der Wählerschaft der europäischen sozialdemokratischen Volksparteien unter-, ältere überproportional vertreten. Die größten Erfolge haben sie bei den 50- bis 60-Jährigen, es folgen die 40- bis 50-Jährigen; andere Parteien haben in den jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahre deutlich mehr Zuspruch.<sup>13</sup> Kein Wunder also, wenn die SPD immer noch als gewerkschaftsnahe ‚Ur-Alt-Arbeitnehmerpartei‘ der ‚Verschmutzungsindustrie‘ gilt, die ihren Alleinvertretungsanspruch für eine progressive Politik verloren hat.<sup>14</sup> Oder anders gesagt: die SPD hat sich zu lange auf eine inzwischen weitgehend imaginär gewordene Stammwählerschaft verlassen; sie hat viel zu spät auf die Auflösung der klassischen Milieus reagiert und die Folgen der Ausdifferenzierung der sozialen Strukturen nicht zutreffend abgeschätzt. Nun ist es schwer, wenn nicht unmöglich geworden, neue Wählergruppen zu mobilisieren und dann auch zu halten, indem man neue langfristige Bindungen und Loyalitäten hervorruft – und das alles unter Bewahrung des historisch legitimierten sozialdemokratischen Iden-

titätskern.<sup>15</sup> Wie das gelingen soll, wird nicht gesagt.

### **Marktradikalismus ersetzt „Fordismus“**

Die Suche nach einem neuen ‚dritten Weg‘ wurde seinerzeit ausgelöst durch die Einsicht, dass der ‚Fordismus‘ als sozial annähernd ausgewogene Variante des modernen Kapitalismus in eine Krise geraten war – das Modell einer sozioökonomischen Konstellation aus Massenproduktion und Massenkonsum, abgesichert durch technischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und den Ausbau des Sozialstaates war ein Auslaufmodell geworden. An seine Stelle trat der Marktradikalismus, dem immanent die Rückführung des Sozialstaates auf einen reduzierten ordnungspolitischen Rahmen ist. Um sich dem entgegenzustellen, war die Vermessung eines neuen ‚dritten Weges‘ also insoweit völlig legitim, zumal er dem permanenten Revisionismus sozialdemokratischer Orientierung entsprach.

Sozialdemokratischer Revisionismus – das bedeutet: Für Sozialdemokraten bleiben die Politikziele unangestastet, aber die Mittel zur Erreichung dieser Ziele müssen mit den ständig sich ändernden Rahmenbedingungen koordiniert und gegebenenfalls korrigiert werden. Das bedeutet im Grundsatz, dass unvermeidlich das Spannungsverhältnis zwischen dem normativ begründeten Gestaltungswillen und den realen Gestaltungsmöglichkeiten, wie an vielen historischen Wegstrecken belegbar, bestehen bleibt. Daraus einen Dualismus

---

12 Steffen, ebd. S. 2.

13 Vorwort zu Weßels, ebd. S. 3.

14 Diskussionsbeitrag von Sven Giegold in: Meyer, Links neu denken, S. 78f. Merkel, Schmie-den, S. 58.

---

15 Vorwort zu Weßels. These, S. 4.

oder gar einen Widerspruch entnehmen zu wollen, wäre falsch: Es ist die ‚Natur‘ der Sozialdemokratie, die so gesehen selbst jeweils der ‚dritte Weg‘ ist. Diese Feststellung entlässt jedoch nicht, die grundsätzliche Frage zu stellen, „ob die sozialdemokratischen Gestaltungsprinzipien, Politikinstrumente und Wohlfahrtsziele in das neue Zeitalter der Globalisierung, Wissensökonomie und Individualisierung überhaupt noch hinüber gerettet werden können“.<sup>16</sup> Endete vielleicht deshalb der neue ‚dritte Weg‘ in einer gefährlichen Sackgasse, die die Sozialdemokratie an den Ende ihrer Existenz führte?

### IV. New Labour und „Dritte“ Wege

‚New Labour‘, so hörten wir, „ist tot“. An welcher Krankheit starb sie oder war es nur ein Unfall?<sup>17</sup> Oberflächlich betrachtet schien die Ausgangsposition durchaus günstig, hatte doch die Regierung Thatcher den Schrott des ‚old english‘ Wohlfahrtsstaates weggeräumt. Aber die Zäsur lag tiefer: der Thatcherismus hatte Egoismus und Gewinnstreben als positive Eigenschaften menschlichen Verhaltens deklariert und damit eine ‚Kulturrevolution‘ in Gang gesetzt, die die konservativen Grundwerte zerstörten, die ja gerade erhalten bleiben sollten.

16 Turowski, Reformdiskurse, S. 238.

17 Im Weiteren stütze ich mich auf Turowski, Reformdiskurse, S. 210-237, und Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009. Bei beiden Autoren ist festzustellen, dass deren historische Analysen bis in die 1980er Jahre, anders als danach, nicht in allen Punkten auf der Höhe der historischen Forschung stehen.

New Labour wollte sich ihrerseits von der ‚alten‘ Sozialdemokratie, die Gleichheit, auch und gerade materielle, postuliert hatte, trennen, weil ihre Botschaften angeblich nicht mehr für die gewandelten Lebenswelten taugten. Aber New Labour wollte nicht etwa die alten sozialdemokratischen Grundwerte aufgeben, vielmehr mit ihnen verknüpft bleiben und somit keine sozialere Variante des Neo-Liberalismus in die Welt setzen. Nachdem die Labour Party 1997 nach 18 Jahren Thatcher-Regierung gesiegt hatte, erhielt sie wieder jene Strahlkraft auf den europäischen Kontinent, die sie schon einmal, nämlich 1945, besessen hatte. Die zügige programmatische Neubestimmung und die rasche Entwicklung von neuen Politikinstrumenten taten das Ihre, Labour in neuem Glanz erscheinen zu lassen. Leicht übersehen werden konnte dabei, dass quasi eine neue Partei entstanden war, die sich auch von ihrer eigenen Geschichte abgrenzte: Konservative Argumente wie Verantwortung und Familie wurden übernommen, aus Gerechtigkeit wurde Fairness, selbst Chancengleichheit erhielt eine ökonomistische Deutung, soziale Leistungen sollten sich nicht mehr normativ aus den sozialen Grund- und Bürgerrechten ableiten lassen, die Kosten des Sozialstaates sollten in soziale Investitionen verwandelt werden, Bildungswerte wurden nach ihrem Marktwert definiert, besaßen sie ihn nicht, so kamen sie auch nicht vor, und ein Scheitern selbst bei Chancengleichheit war nicht vorgesehen.

So war es denn doch so, dass mit New Labour eine neue Partei entstand, die dem Thatcheristischen Marktradi-

kalismus eine soziale Dimension hinzufügen, wirtschaftliches Wachstum sichern und Unternehmertum mit sozialer Gerechtigkeit (nun als Teilhabe und Chancengerechtigkeit verstanden) verbinden wollte. New Labour zielte auf die neuen Mittelschichten, insbesondere jene relativ wohlhabenden in neuen nachindustriellen Berufen und auf Teile der aufstrebenden Arbeiterschaft. Dazu hatte New Labour einen herausragenden Repräsentanten: den jungen, modernen, dynamisch wirkenden Tony Blair, der auch mit der von ihm verkündeten, beinahe messianisch wirkenden Absicht, die Gesellschaft zu remoralisieren, den geeigneten normativen Unterbau lieferte. Auch verschrieb er sich mehr und mehr der zunehmend parteifernen, depolitisierten Form der Demokratie, die so genannte Kommissions-Orientierung, auf die eigentlich schon der Begriff der Entdemokratierung zutrifft.

### **Korrektur des Markfundamentalismus**

Heute – nach dem Wahlsieg der Tories und der Liberals – steht Großbritannien an 6. Stelle der Volkswirtschaften in der Welt, hat ein Haushaltsdefizit von griechischem Ausmaß und muss eine Austerity-Politik erwarten, „härter und schmerzlicher als alles, was das Land in der Nachkriegszeit durchgemacht hat“.<sup>18</sup> Mehr noch: Der sich bereits seit den 1960er Jahren ankündigende definitive Abstieg als Weltmacht ist vollzogen; Großbritannien wurde zum Juniorpartner der Vereinigten Staaten und ließ sich

---

18 Jürgen Krönig: Großbritannien nach Labour, aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010, S. 2.

in deren Schlepptau in den Irakkrieg hineinziehen.

Jetzt wissen es auch die Planer des ‚dritten Weges‘. Der Marktfundamentalismus, schreibt Giddens, hätte expliziter korrigiert werden und seine Grenzen hätten deutlicher hervorgehoben werden müssen.<sup>19</sup> Dabei ist die Bilanz der Labour-Ära nicht generell negativ ausgefallen; Experten sprechen sogar von „sanfter Umverteilung“<sup>20</sup>: Einführung des nationalen Mindeststundenlohnes, Kredite und andere Hilfen für Niedriglohneempfänger und andere Minderbemittelte (aber immer noch sechs Millionen vom Staat lebende Wohlfahrtsempfänger), Reduzierung der Kinderarmut um 600.000 Tausend (bei insgesamt 1,2 Millionen), Reformen im Bildungswesen, allerdings kein Durchbruch bei der Reform des Gesundheitswesens (wo immer noch auf einen Arzt oder eine Krankenschwester 1,7 Bürokraten kommen), aber eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 40 auf 50%.

### **Verantwortungsvoller Kapitalismus?**

Und was jetzt? Die meisten Aufgaben sind nicht getan oder noch nicht abgeschlossen, selbst wenn man, wie Turowski<sup>21</sup> davon ausgeht, dass im Vergleich zu den kontinentalen Sozialstaaten in Großbritannien die Gleichheitsvorstellungen geringer ausgeprägt sind und das Ziel nicht so sehr auf Umverteilung gerichtet ist, sondern auf eine minimale Grundsicherung. Giddens plädiert

---

19 Giddens, New Labour ist tot, S. 40.

20 Krönig, Großbritannien, S. 6.

21 Turowski, Reformdiskurse, S. 34.

dafür, Flexibilität und Kreativität am Markt zu erhalten „und gleichzeitig diese Qualitäten in langfristige und sozial erwünschte Ziele“ umzuwandeln. Er fordert „ein grundsätzliches Umdenken und unverbrauchte politische Maßnahmen“. Er empfiehlt der Labour Party in der Opposition sich nicht zu zerstreuen und denkt an „ideologische Wiederaufbaumaßnahmen“. Er gibt dazu auch die Richtung an: „Das Ziel muss sein, einen verantwortungsvollen Kapitalismus zu gestalten – gepaart mit einer klugen Herangehensweise an die Nachhaltigkeitsfrage“. Und das soll reichen für einen anderen neuen sozialdemokratischen Weg?

### V. Der schwedische Egalitarismus

Für Schweden stellt sich die Frage, ob das legendäre ‚Volksheim‘ etwa abgebrannt ist? Nein, aber... Im Unterschied zu England und, wenn auch anders akzentuiert, zu Deutschland hat sich in Schweden historisch eine egalitaristische Kultur herausgebildet, in der Werte wie Gleichheit und Solidarität eine zentrale Bedeutung haben; zudem ist die Öffentlichkeit auf Konsens ausgerichtet. Schweden gilt folglich als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, der mit einer national koordinierten Marktwirtschaft verknüpft ist. Das so genannte ‚Volksheim‘, das auch Sozialpartner und Interessengruppen konsensorientiert einbindet, wurde Grundlage und Ausdruck der hegemonialen Rolle der schwedischen Sozialdemokratie – 40 Jahre lang. Die starke Stellung des Staates wurde von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert, obwohl dieser über seine Sozialpolitik massiv Einfluss auf

das Leben seiner Bürger nahm. Ein ausgeprägtes Gleichheitsverständnis und „solidarische Kooperationsorientierung“ trug zur Akzeptanz der Rolle des Staates erheblich bei, zumal die sozialdemokratische Partei keine ausschließliche Interessenvertretung der industriellen Arbeitnehmer war, sondern sich als Repräsentantin der ‚kleinen Leute‘ verstand, die keinen Klassenkampf und keine Verstaatlichung wollten und brauchten. Die postulierte Gleichheit zwischen den sozialen Schichten und den Geschlechtern verbunden mit Vollbeschäftigung bei einem hohen Beschäftigungsstand bestimmten die Werte- und Einstellungsmuster der Bevölkerung – das ‚Volksheim‘ war das Projekt einer ganzen Nation (von allerdings nur 8,53 Millionen Einwohner im Jahre 1990).<sup>22</sup>

In den frühen 80er Jahren verlor das ‚Volksheim‘ im Zusammenhang mit der De-Industrialisierung seinen Glanz, und die Krisenerscheinungen zeigten die Achillesferse des nationalen Projektes: die hohen Steuerforderungen (vor allem an die Mittelschichten) und die mit der Vollbeschäftigung verbundene Einkommensgleichheit, die nur bei stetigem Wirtschaftswachstum erreichbar war. Dennoch wurden auch jetzt nicht in Schweden Wohlfahrtsstaat und individuelle Freiheit als Gegensätze verstanden, und so begann die schwedische Sozialdemokratie in den 80er Jahren mit der Neubestimmung ihres ‚dritten Weges‘ – mit einem hohen Maß an Pragmatismus und unter Zurücknahme (nicht

<sup>22</sup> Siehe die umfassende Darstellung bei Turowski, Reformdiskurse, S. 238-261.



Aufgabe!) der traditionsbestimmten Argumentation von Gerechtigkeit und sozialer Demokratie.

Im Unterschied zu den Anführern von „New Labour“ und (wie sich zeigen wird den deutschen Modernisierern) zeigten die schwedischen Sozialdemokraten mehr Umsicht und Standfestigkeit. Sie hatten den Mut zu Minderheitsregierungen, was ihren politischen Entscheidungen eine größere Legitimität verschaffte. Sie legten ihre Partebasis nicht still; diese blieb immer ein Diskursfaktor und wurde zugleich zu einer professionellen Medienpartei ausgebaut. So blieb eine beachtliche Mitgliederdichte im Vergleich zur Wahlbevölkerung erhalten; sie betrug 1990 2,38% (Labour 1,37%, SPD 1,2%). Der Parteivorsitzende Göran Persson führte zwar wie Blair und Schröder die Partei in einem autoritären Stil, jedoch ohne Entfremdung von der sozialdemokratischen Programmatik. Auf die Kontinuität in der Begründung der Ziele wurde großer Wert gelegt: Gleichheit, Solidarität und soziale Sicherheit blieben unverbrüchliche Wertmarken, und es wurde auch die lange erfolgreiche Geschichte der Partei als Pfand für die Zukunft eingesetzt.

Es fragt sich, warum es auch unter solchen positiven Vorzeichen der Metamorphose der schwedischen Sozialdemokraten 2004 zu ihrer Wahlniederlage gekommen ist. Bei der Wahl im September 2010 drohte ihr sogar, zum ersten Mal seit 1917, nicht mehr die stärkste Partei im Parlament zu werden; sie lag zwar dann im Ergebnis hauchdünn vor der Konservativen Partei des Ministerpräsidenten, aber das Ergebnis von 30%

war das schlechteste seit 100 Jahren. Nach Turowski<sup>23</sup> wandelte sich der Bürgerblock quasi zu einer neuen Arbeiterpartei, verstand sich jedenfalls so, indem er sich an der Hegemonie sozialdemokratischer Werte ausrichtete. Was ja nun auch heißt, dass eine fortwirkende Dominanz sozialdemokratischer Werte und Orientierungen in der Gesellschaft noch keine sozialdemokratischen Wahlerfolge garantiert, und damit würde für Schweden stimmen, was Dahrendorf schon zu Beginn der 1980er Jahre als Trend für die deutsche Sozialdemokratie prognostizierte: das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters.

## **VI. Das deutsche wohlfahrtsstaatliche Modell**

Im Unterschied zu den beiden bereits besprochenen Wohlfahrtsstaatsmodellen besteht der deutsche Sozialstaat aus der Kombination zweier Komponenten – konservativer Wohlfahrtsstaat und weit reichende Selbstverwaltungsstrukturen mit einer sich selbst koordinierenden Marktwirtschaft.<sup>24</sup> Dies hängt mit seinen Anfängen im deutschen Kaiserreich zusammen, über die hier weiter nichts zu sagen ist. Diese Grundstruktur rief historisch immer Konflikte zwischen marktorientierten und interventionistischen Orientierungen hervor. Herkunft und Charakter des deutschen Sozialstaats führten dazu, dass sich nach 1945 beide Volksparteien SPD und CDU/CSU als Wohlfahrtsstaatsparteien verstanden haben, wenn auch mit

---

23 ebd., S. 260f.

24 ebd., S. 35 sowie S. 261-303.

unterschiedlichen Grundwertvorstellungen. Die CDU/CSU vertrat das Subsidiaritätsprinzip mit dem Schwerpunkt auf Familie, die SPD betrachtete als ihre Leitwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

### **Schröder als moderner Macher**

Das von der SPD in den späteren 1990er Jahren auf den Weg gebrachte Reformmodell ‚neue Mitte‘ zeigte von Anfang an unkoordinierte, ja widersprüchliche Doppelungen: Grundwerte und pragmatische Politik, Tradition und Modernisierung, Innovation und Gerechtigkeit. Das setzte sich fort, indem Schröder strikt die ‚Agenda 2010‘-Linie verfolgte, Müntefering aber die ‚Heuschrecken‘-Diskussion in Gang setzte. Der innerparteiliche Reformdiskurs wurde unentschlossen und verspätet begonnen und dazu noch mit von ‚New Labour‘ geliehenen Argumenten. Seine Dynamik litt darunter, dass sich die SPD zwar lange Zeit in der Opposition befand, aber dennoch durch die föderalen politischen Institutionen nicht gänzlich von der Politikgestaltung ausgeschlossen geblieben war, dass aber auch keine radikalen neoliberalen Reformen in der Kohl-Ära durchgeführt wurden und das Wohlfahrtsstaatmodell anders als in England keine Verwerfungen zeigte, wenn auch „Gerechtigkeitsdefizite“ aufwies.

Auch Schröder stellte sich der Wahlbevölkerung vor, dabei gewaltig unterstützt von der gewandelten Medienlandschaft, aber nicht als Sozialdemokrat, sondern als ein moderner Macher. Dieser Macher etablierte ein „Machtssystem Schröder“, das einer entschiedenen Ent-

Demokratisierung gleichkam. Regierungspolitik und traditionelle sozialdemokratische Werte blieben von einander getrennt und Begriff und Inhalt der „sozialen Marktwirtschaft“, einst von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack erfolgreich in die Welt gesetzt, wurden von der SPD-Führung ohne Herkunftskennzeichnung einfach übernommen.

Der verspätete normative Diskurs, den die Parteiführung einfädelte, gipfelte in dem Blair-Schröder-Papier (1999), das einen „Neuen Weg“ bzw. einen neuen ‚dritten Weg‘ mit der „Neuen Mitte“ zu einer „Neuen Sozialdemokratie“ ankündigte. Die nachfolgenden Diskussionen führten aber nur zu einer Trennung von den traditionellen sozialdemokratischen Werten: Gleichheit, bereits im Godesberger Programm von 1959 zu (der Katholischen Soziallehre entlehnten) „Gerechtigkeit“ abgemildert, wurde zur „sozialen Gerechtigkeit“ verkürzt und ihrerseits in viele Teilmengen verbröselte: Chancengerechtigkeit, Markt-gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Bedürfnisgerechtigkeit, Generationsgerechtigkeit, ausgleichende Gerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit – alles Begriffe oder besser Hilfsörter aus der im letzten Jahrzehnt abgelaufenen Diskussion. So drohte der Begriff Gerechtigkeit als Vorvermutung von Gleichheit seine Fassung als zentrale sozioethische Kategorie zu verlieren.

Die Bemühungen der Repräsentanten der „Neuen Sozialdemokratie“ zielten auf eine vermutete ‚neue Mitte‘, weil Arbeiter im Sinne des industriellen Kapitalismus mehr und mehr verschwanden, als milieugesicherte stabile

Traditionswählerschaft schon allemal. Den Zug zur Mitte startete man voll durch, so haben sich die Sozialdemokraten „von ihren sozialen Ursprüngen forttransformiert“.<sup>25</sup> Die Folgen erwiesen sich als prekär: Die SPD machte sich selbst unfähig, das untere Armen-Fünftel der Gesellschaft zu integrieren, und die Rest-Arbeiterschaft begab sich (auch im europäischen Raum) auf den Pfad des Lagerwechsels. Die Mittelschichten erwiesen sich zwar in ihrem Lebensstil als ‚bürgerlich-trivial‘ und insofern nach wie vor auf Eigentum fixiert (mein Haus, mein Auto, meine Frau!), hatten aber längst die Vorteile des sozialstaatlichen Sicherungsnetzes erkannt, nämlich Rente, Karrieregarantie, vom Alter abhängige Steigerung des Einkommens, Stabilität des Einkommens und Arbeitsplatzgarantie, Steigerung der individuellen Kaufkraft.<sup>26</sup> In dieser Hinsicht erhält das Wahlergebnis von 2009 seine Plausibilität: Auch die so genannte Mitte wollte den Sozialstaat im Eigeninteresse erhalten, brauchte dazu aber nicht mehr allein die SPD als natürlichen Anwalt.

### **Verlust der Deutungshoheit**

Die SPD hatte ihre Deutungshoheit verloren und damit sich selbst in Frage gestellt: die klassischen Grundwerte waren verschoben worden in Richtung historisch konservativ besetzter Begriffe, die den Namen Leistung und Elite trugen. Der historisch begründbare Kompass der Ideen des demokratischen Sozialismus wurde verschenkt oder in die klei-

nere Münze der „sozialen Demokratie“ eingetauscht. Der Verlust der Deutungshoheit hatte aber auch noch zur Folge, dass ethnische, nationalistische und religiöse Deutungen gesellschaftlicher Konflikte (europaweit) zunahmen.<sup>27</sup> So scheiterte der Anspruch, einen ‚dritten Weg‘ entwerfen zu können zwischen nostalgisch verklärtem, vom Stalinismus gereinigtem, aber jeglicher Modernisierung verweigerndem Kommunismus als utopisches Versprechen für ein menschenwürdiges Leben einerseits und einem menschenverachtenden, Sozialdarwinismus nahen Marktradikalismus andererseits. Deshalb werden die Fragen unvermeidlich: Was ist noch lebendig in der (europäischen) Sozialdemokratie? Was will die SPD werden? Was soll aus ihr werden?

### **VII. Welche Gesellschafts-Idee muß die Sozialdemokratie tragen**

Vorschläge für Antworten gibt es viele. Jan Turowski spricht davon, die vorhandenen Werte und Theorien „neu“ zu erfinden, wieder in größeren historischen Zusammenhängen zu denken und nicht mehr nur in die Richtung einer Anpassung an ein Hier und Jetzt.<sup>28</sup> Michael Brie sieht einen Ausweg darin, dass die Linken „wieder ins Volk“ gehen. Da sich die Frage nach dem „Wohlstandsmodell“ nicht mehr national, sondern nur noch global beantworten lässt, muss die Linke „also entweder international zw. europäisch werden – oder sie wird

---

25 Walter, Vorwärts oder abwärts, S. 111.

26 Turowski, Reformdiskurse, S. 153.

---

27 Walter, Vorwärts oder abwärts, S. 78.

28 Turowski, Reformdiskurse, S. 325f.

nichts sein“.<sup>29</sup> In der Tat wäre die Globalisierung kein Hindernis, nachdem selbst Länder der Peripherie unter den Bedingungen der unfairen Marktglobalisierung „ein erstaunliches Maß an sozialer Demokratie“ hervorbringen, vorausgesetzt die Märkte haben die feudalistischen Strukturen gebrochen „und die Zivilgesellschaft ist mobilisiert“.<sup>30</sup>

Wolfgang Merkel kann sich die SPD „als Organisatorin eines linken Lagers“ vorstellen<sup>31</sup>; Franz Walter meint allerdings, dass noch zu klären sei, „was die SPD eigentlich will“: „die linke Volkspartei der mittleren und unteren Schichten bleiben bzw. wieder werden, oder will sie als Partei der neuen Mitte den Schwerpunkt auf ressourcenstarke Arbeitnehmer mit Qualifikationsehrgeiz“ legen<sup>32</sup>. Machnig und Rudolph fordern, den „Fetisch der Mitte“ aufzugeben und gehen damit weit über Walters Fragen hinaus, wenn sie von dem „linken Projekt“ sprechen, das sich „wieder als Emanzipationskonzept etablieren (muss), als Befreiung des Menschen von Fremdbestimmung und Bevormundung“. Dazu gehöre, „die Idee des Egalitarismus neu zu begründen“.<sup>33</sup>

Falls dies alles zu einem möglichen neuen ‚dritten Weg‘ führen soll, muss

geklärt werden, was links und was rechts von diesem Weg liegen würde. „Die Linke“ schwankt zwischen „wirklichkeitsvergessenem Sektierertum und selbstgefälligem Programmkonservatismus“, und das ist noch nicht alles, weil sie sich nun auch noch aufzuspalten scheint in (eher ostdeutsche) kooperationsfähige Reformer und (eher westdeutsche) Hartliner, die einen permanenten Konfrontationskurs innerhalb des Lagers links von der Mitte betreiben.<sup>34</sup> Die Grünen gerieren sich manchmal als die beste FDP aller Zeiten und manchmal glauben sie, weit links von der SPD zu stehen, aber auch weit weg zumindest vom Sektierererteil der Linkspartei. Dieses Flattern hängt damit zusammen, dass sie kein Gesamtbild von der Gesellschaft haben und je nach punktbezogener Netzwerkerart und föderalen Strukturen politische Entscheidungen treffen.

Die heutigen Liberalen sind eine einzige Interessen- und Lobby-Partei, die den einstigen sozialliberalen Kompass ihrer Freiburger Thesen längst vergessen hat, und die Entwicklung scheint nicht reversibel. Die CDU/CSU formiert sich gerade neu konservativ um den (von der Bundeskanzlerin protektionierten) Kreis der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“; auch entfaltet der „Bund Katholischer Unternehmer“, in dem der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank Norbert Walter nach seiner eben erfolgten Pensionierung sich engagiert, eine verstärkte Aktivität. So scheint

---

29 Diskussionsbeitrag von Michael Brie in: Meyer, Links neu denken, S. 77, 79.

30 Thomas Meyer nennt unter Berufung auf die kanadische Wissenschaftlerin Judith Teichmann Mauritius, Costa Rica, Kerala. Meyer, Washington Square-Konsens, S. 55.

31 Merkel, Schmieden, S. 55.

32 Walter, Vorwärts oder abwärts? S. 114.

33 Machnig/Rudolph, Neuvermessung, S. 62, 64.

34 Werner J. Patzelt: Zwischen Hammer und Amboss, in: Cicero 6/2010, S. 48-51; Zitat S. 50,51.

der Hinweis bei Hillebrand<sup>35</sup> einleuchtend, dass die europäischen Konservativen wie Cameron, Merkel und Sarkozy den Sozialstaat nicht schleifen werden, sondern seine Grundsäulen erhalten, „gleichzeitig aber die Wählerklientel der konservativen und liberalen Parteien möglichst von dessen Finanzierungskosten“ entlasten. Das mag wie ‚Mitte‘ oder vielleicht sogar wie sozialdemokratisch aussehen, ist aber rechts.

### **Sozialdemokratische Alternative**

Wie aber sieht die wirklich sozialdemokratische Alternative aus? Der Sozialstaat kann nicht mehr allein der „nach-sorgende Ausfallbürge für Marktopfer“ sein<sup>36</sup>, er stattdessen vielmehr vorsorgend die Bürger mit Fähigkeiten aus, durch die diese die Möglichkeit finden, in der pluralen Gesellschaft menschenwürdig zu leben. Er lindert nicht mehr Armut auf eine Art gehobener Caritas, sondern verhindert die Armut. Der neu gestaltete und zeitgemäß organisierte Sozialstaat schafft so soziale Gerechtigkeit als Vorvermutung von Gleichheit. Eine solche Ableitung lässt die Frage aufkommen, ob sich denn für solche Vorstellungen von einem solidarischen Politikkonzept unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels hin zu gesteigertem Individualismus, zur Auflösung von solidarisch wirkenden Milieus und zu einer Vielfalt von inzwischen entstandenen soziokulturellen Segmenten überhaupt noch ein Konsens darüber, was Solidarität bedeutet, aufbauen lässt? Da lässt die

Erwägung von Ernst Hillebrand aufhören: das unübersehbare menschliche Bedürfnis nach Leistungsanerkennung als Movens für Solidarität zu nutzen. Wer etwas leistet oder geleistet hat, kann es sich leisten, nicht nur sich etwas zu leisten, sondern auch für andere.

Zu einem solchen Konzept gehört denn auch die Neu-Bestimmung der Funktionen des Staates; es muss wieder mehr Staat sein, der in der Lage ist, ordnungspolitisch gestaltend zu wirken. Doch dieser Staat darf nicht so stark werden, dass er die Zivilgesellschaft ausbremst. Das bedeutet eine Partizipationserweiterung der Bürgergesellschaft ebenso anzustreben wie die Funktionsfähigkeit aller, einmal bewährter Organisationsformen wie Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Einrichtungen zu überprüfen. Zum Planungskonzept eines solchen Projektes gehörte auch, dem ökonomistischen Menschenbild des Neo-Liberalismus „eine authentische progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüber zu stellen – als Staatsbürger, als ‚Bürger am Arbeitsplatz‘, als Privatperson in seinem privaten und öffentlichen Lebensumfeld und auch als Konsument“.<sup>37</sup>

Hier nun wird die Chance für die SPD sichtbar. Die erneuerte normativ-axiomatische Definition der Grundwerte vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen Sinnhorizonte, die immer dem Kapitalismus bestritten haben, unüberwindbar zu sein, könnte die Grundlage bieten für neue Antworten auf die alten Fragen: auf das ewige Bedürfnis der

---

35 Hillebrand, Gesellschaft, S. 7.

36 Merkel, Schmieden, S. 58.

---

37 Hillebrand, Gesellschaft, S. 10.

Menschen nach Sinn gebenden Zusammenhängen in ihrem Leben, auf sozial ethisch belegbare Motivierungen, auf integrativ wirkende Ideen, belebende Orientierungsmuster und anderen, bislang unausgeschöpften Potenzialen aus der langen Geschichte der Arbeiterbewegung.<sup>38</sup> Das wäre dann die Voraussetzung für eine ‚gute Gesellschaft‘, von der man weiß, was sie zusammenhält.

---

38 Helga Grebing: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Der Grundwert Solidarität in Zeiten der Verkündung von ‚Eigenverantwortung‘, in: *perspektiven ds* 2/05, S.90-98.